

Liebe Raumstation,

danke für Eure Mühen, uns die relevanten Stellen eurer Satzung herauszusuchen und zukommen zu lassen. Wir halten die Einforderung zu einem „Existenzrecht Israels“ für eine Phrase, in der es nicht faktisch darum geht, jüdisches Leben zu schützen, sondern die dazu dient palästinensische Stimmen und solche, die sich gegen die Unterdrückung der Palästinenser:innen richten, zum Schweigen zu bringen. Sei es, indem Räume verweigert werden sollen oder in dem Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit verweigert und mit Abschiebung gedroht wird, wenn sie sich nicht zu diesem bekennen. Aber was ist mit einem Bekenntnis zum Existenzrecht eigentlich gesagt?

In eurer Mail zitiert ihr aus der Satzung der Raumstation: „Unsere Vision vom Guten Leben in der Stadt folgt den Prinzipien ....“. Zahlreiche Berichte anerkannter Menschenrechtsorganisationen (B`Tselem, Human Rights Watch, Amnesty International um die wichtigsten zu nennen) weisen detailliert nach, dass der israelische Staat, so wie er heute existiert all diese Prinzipien permanent bricht. Hier die deutsche Veröffentlichung zu dem Bericht „A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution“ von Human Rights Watch: „[Der Bericht] beschreibt, wie heute de facto eine einzige Institution, die israelische Regierung, über einen Großteil des Gebiets zwischen Jordan und Mittelmeer herrscht, in dem es zwei etwa gleich große Bevölkerungsgruppen gibt. Während die Regierung jüdische Israelis dort bevorteilt, unterdrückt sie Palästinenser, insbesondere in den besetzten Gebieten. [...] Kenneth Roth, Executive Director von Human Rights Watch [dazu]: „Diese detaillierte Studie zeigt, dass die israelischen Behörden [...] heute die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid und der Verfolgung begehen.“ [...]

Human Rights Watch stellte fest, dass die Elemente dieser Verbrechen in den besetzten Gebieten gemeinsam auftreten, und zwar als Teil einer einheitlichen Politik der israelischen Regierung. Diese Politik ist darauf ausgerichtet, die Vorherrschaft jüdischer Israelis über Palästinenser in Israel sowie in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. In den besetzten Gebieten ist diese Politik mit der systematischen Unterdrückung und unmenschlichen Handlungen gegen dort lebende Palästinenser verbunden. [...] Sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten waren israelische Behörden bestrebt, das für jüdische Gemeinschaften zur Verfügung stehende Land auszuweiten und dafür zu sorgen, dass der Großteil der Palästinenser in dichtbesiedelten Zentren lebt. Die Behörden haben Maßnahmen ergriffen, um den von ihnen öffentlich als „Gefahr“ beschriebenen demographischen Wandel einzudämmen. [...] Die Schwere der Repression in den besetzten Gebieten, wozu auch die drakonische Militärherrschaft über die Palästinenser gehört, während jüdische Israelis, die in abgetrennten Gemeinden im selben Territorium leben, alle Rechte gemäß dem israelischen Zivilrecht genießen, lässt sich als systematische Unterdrückung begreifen, die die Anforderungen der Definition von Apartheid erfüllt. [...] „Während ein Großteil der Welt die seit einem halben Jahrhundert währende Besatzung durch Israel als temporäre Situation betrachtet, die ein jahrzehntelanger ‚Friedensprozess‘ bald überwinden wird, hat die Unterdrückung der Palästinenser eine Grenze überschritten und eine Dauerhaftigkeit erreicht, die den Definitionen der Verbrechen der Apartheid und der Verfolgung gerecht werden“, erklärte Roth. „Jene,

die für einen israelisch-palästinensischen Frieden eintreten, ob in Form einer Ein- oder Zweistaatenlösung oder einer Konföderation, sollten bis dahin diese Realität als das anerkennen, was sie ist, und geeignete menschenrechtsbasierte Instrumente zur Anwendung bringen, die erforderlich sind, um sie zu beenden.“

Auch wir haben als Organisation keine einheitliche Haltung bezüglich der Frage nach einer Ein- oder Zweistaatenlösung. Aber wir haben eine klare Haltung gegenüber Unterdrückung, Vertreibung, Antisemitismus und Rassismus. Wir haben eine klare Haltung gegenüber einem Staat, der kolonialistischen Prinzipien einer Apartheid umsetzt. Was für uns klar ist: Wie auch immer die Lösung aussieht, die Mindestanforderungen von unserer Seite ist, dass eben die Prinzipien, die ihr euch in die Satzung schreibt, für alle Menschen in Israel und Palästina gelten müssen. Es ist der israelische Staat, der dies Tag für Tag mit den Füßen tritt und unmöglich macht. Der israelische Staat kann und konnte sich nie anmaßen für alle Jüdinnen und Juden auf der Welt zu sprechen. Die Mehrheit der Jüdinnen und Juden lebt nicht in Israel. Es gab gerade von jüdischen Menschen und Organisationen in Europa, vor allem aber außerhalb Europas massiven Widerstand gegen ein zionistisches Projekt, was als koloniales Projekt wahrgenommen wurde und sich auch als solches verstand. Dieser Widerstand von jüdischen Menschen und Organisationen wird auch heute noch weltweit gegen diesen Apartheidsstaat geführt. Was ist mit dem „Existenzrecht Israels“ gemeint? Für uns als Kommunistinnen und Kommunisten haben, vor allem anderen, die Menschen, die in Israel und Palästina leben ein Recht auf ein Leben in Würde. Dieses Recht wird durch den israelischen Staat aktuell, aber auch seit mehreren Jahrzehnten nicht gewährt. Mit Vertreibung, Siedlungsbau, rassistischer Hetze, Kontrolle des Zugangs zu Energie, Wasser und Lebensmittel und militärischer Besatzung geht der israelische Staat seit Jahrzehnten gegen das palästinensische Volk vor.

Ein israelischer Staat mit einer deutlichen jüdischen Mehrheit auf dem Gebiet in den Grenzen von 1949 wurde faktisch erst möglich durch eine systematische ethnische Säuberung der von mehr als der Hälfte der indigenen Bevölkerung. Gibt es ein Recht auf ethnische Säuberung? Der israelische Staat vergeht aktuell eindeutige Kriegsverbrechen, gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza, die von führenden Genozidforschern als Völkermord eingeordnet werden so der israelische Historiker und Genozidforscher Raz Segal <https://jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide>. Gibt es ein Recht auf Völkermord? Israel hat gemäß angaben führender Menschenrechtsorganisationen die letzten Jahrzehnte ein durchgängiges System der Entrechtung und Unterdrückung errichtet. Gibt es ein Recht auf Apartheid? Israel begeht laufend Verbrechen an Palästinenser:innen. Es ist klar, dass Apartheid notwendig Widerstand hervorrufen wird. Menschen werden es nicht widerstandslos hinnehmen, wenn ihnen ihr Land geraubt und ihre Kinder verhaftet werden, wenn sie 16 Jahre ohne sauberes Wasser in einer Blockade eingesperrt werden. Von Palästinenser:innen zu verlangen, das widerstandslos hinzunehmen ist nicht nur unmenschlich und völkerrechtswidrig, sondern vor allem auch vollkommen unrealistisch.

Wir sagen: Wahrheit ist immer konkret. Wir können darüber diskutieren, ob es ein

abstraktes Recht auf einen jüdischen Staat gibt, ob das eine sinnvolle Forderung ist oder sein kann. Aber der konkrete Staat Israel bedeutet Unterdrückung, Kolonialisierung und Gewalt. Er gefährdet damit an erster Stelle palästinensische Leben. Aber er versagt auch darin, jüdisches Leben zu schützen. Die von israelischen Nationalisten, Rechtsradikalen und Kolonialisten aufgezwungene und andauernde Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser:innen macht einen Frieden im Nahen Osten nahezu unmöglich. Diesen Zustand aufrecht zu erhalten, kann kein Schutz jüdischen Lebens bedeuten. Konkret bedeutet er sogar eine Gefährdung, erst recht, wenn die zionistische Bewegung die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik als jüdisch bezeichnet und für sich vereinnahmt, für das gesamte Judentum zu sprechen, was nicht den Tatsachen entspricht. Diesen kolonialen Staat, sein Vorgehen und seine Rechtsungleichheit zu rechtfertigen oder dazu zu schweigen, ist unserer Meinung nach menschenverachtend. Die grundsätzliche Kritik daran darf man nicht mit Antisemitismus verwechseln. Wir stehen entschieden gegen Antisemitismus wie auch gegen jede andere Form von Rassismus. Genauso wenig rechtfertigen wir das Töten von Zivilist:innen. Wichtig ist aber zu verstehen und zu erklären, woher der Widerstand kommt.

Zitat Stellungnahme der Zentralen Leitung der Kommunistischen Organisation vom 10.10.2023:

„Das bedeutet allerdings nicht, dass wir jede Aktion des Widerstands gutheißen müssen. Das gezielte Töten von Zivilisten, die letztlich auch unsere Klassengeschwister sind, lehnen wir ab. Für uns ist jedes unschuldige Leben, das gewaltsam beendet wird, eines zu viel, egal auf welcher Seite – allerdings muss dazu gesagt werden, dass Angehörige der rechten Siedlerbewegung Teil des Apparates sind, der die Besatzung gewaltsam durchsetzt und ausweitet, oft als Teil bewaffneter Milizen, und deshalb nicht als Zivilisten gezählt werden können. Doch eine bloße Verurteilung der Gewalt, die nicht nach den Ursachen fragt, ist letzten Endes nichts als flacher liberaler Moralismus, der dazu beiträgt, die gewaltsamen Verhältnisse zu verewigen, statt sie zu überwinden. Ein Ende des Mordens kann es nur mit einem Ende der Besatzung und Blockade, durch die Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen für die Palästinenser und Gleichheit zwischen allen Bewohnern des Landes geben – somit liegt die Verantwortung für alle Toten des Krieges letzten Endes bei der Macht, die den Krieg aufgezwungen hat und einen Frieden verhindert.“

Wir hoffen wir konnten in der kurzen Zeit mit den wenigen Worten erklären, worauf wir unsere Kritik beziehen und wie wir dazu stehen. Vielen dank für euer ehrliches Interesse, diese Angelegenheit zu klären.

Solidarische Grüße

Kommunistische Organisation